

Amnesty International – Öffentliche Erklärung

03. September 2018

AI Index: AMR 01/9019/2018

Dringende Maßnahmen: Die Menschen in Venezuela benötigen internationalen Schutz

Sehr geehrte Präsidenten:

Angesichts des Problems der erzwungenen Migration venezolanischer Bürger in benachbarte Länder, einer der schwersten und umfangreichsten Fluchtbewegungen, die es je in der Region gab, werden sich die amerikanischen Staaten heute und morgen, am 3. und 4. September, in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito treffen, sowie am 5. September, im Rahmen der Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des ständigen Rats der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), in Washington, D.C.

Da die derzeitigen massiven Verletzungen der Menschenrechte in Venezuela den anhaltenden Exodus einer beispiellosen Zahl von Personen ausgelöst haben, sendet Amnesty International den Staaten (der OAS) dieses Positionspapier und fordert sie und die internationale Gemeinschaft auf, folgenden Maßnahmen zuzustimmen, um die Rechte der venezolanischen Zwangsmigranten zu garantieren.

Einstimmiges Anerkennen, dass Venezuela eine Phase von massiven Verletzungen der Menschenrechte durchläuft und dass diese Umstände eine sofortige Reaktion erfordern, um den zur Flucht Gezwungenen die Einhaltung ihrer Menschenrechte zu garantieren, ebenso, im Rahmen ihrer eingegangenen Verpflichtungen, die Gewährung uneingeschränkter Zugang zu internationalen Schutzmechanismen für die Flüchtlinge, wie dem Flüchtlingsstatus und ergänzenden Maßnahmen. Dabei dürfen keine Hürden aufgebaut oder Bedingungen auferlegt werden, die den Zugang zu solchen Schutzmechanismen erschweren, wie etwa die Forderung, einen gültigen Reisepass oder ein Einreisevisum vorzulegen.

Ergreifen von Schutzmaßnahmen, die die sofortige Anerkennung „bis auf Widerruf“ (prima facie) beinhalten und den Flüchtenden einen sicheren Zugang zu einer legalen Aufenthaltserlaubnis gewähren. Zusätzlich sind die internen Schutzmechanismen zu stärken.

Sichern der strikten Einhaltung und Respektierung des Nichtzurückweisungsprinzips. In diesem Rahmen müssen die Staaten Minimalstandards garantieren, die den venezolanischen Flüchtlingen Rechtssicherheit und ungehinderten Zugang zu öffentlichen Diensten und die Ausübung ihrer Rechte gleichberechtigt und ohne Diskriminierung gewähren, vor allem zu Gesundheitsversorgung, Bildung, Reisefreiheit, Recht auf Einheit der Familie und Recht auf Arbeit.

Schützen der Menschenrechte – sowohl der Menschen in den Aufnahmeländern als auch der Geflüchteten, die internationalen Schutz benötigen – und Garantieren ihrer Sicherheit durch sozio-ökonomische Stärkung und Unterstützung der lokalen Gemeinden.

Zusammenarbeit mit anderen Akteuren der Internationalen Gemeinschaft, einschließlich Sonderorganisationen der Vereinten Nationen wie dem Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) – um nach Lösungen gemeinsamer Verantwortlichkeit zu suchen und die im Rahmen des Globalen Pakts zu Flüchtlingen diskutierten Strategien umzusetzen. Es ist zu berücksichtigen, dass dauerhafte Lösungen starke Allianzen und konkrete Verpflichtungen in Bezug auf technische und wirtschaftliche Hilfe benötigen. Die Region hat jetzt die Gelegenheit, bei der Verwirklichung des Prinzips der gemeinsamen Verantwortung voranzukommen, welche die Komplementarität von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit mit einschließt, unter anderem durch Strategien, die den Geflüchteten eine aktive Teilnahme am Leben in den Aufnahmeländern erlauben und sie befähigen, auch ihren Beitrag zu leisten.

Wir fordern die amerikanischen Staaten auf, eine sofortige Antwort zu erarbeiten, die diesen Kriterien entspricht und mit den internationalen Standards und ihren eigenen Verpflichtungen in Bezug auf die Menschenrechte übereinstimmt.

Seit mehreren Jahren durchlebt Venezuela eine schwere Menschenrechtskrise. Amnesty International hat regelmäßig auf die häufigen Fälle politisch motivierter willkürlicher Verhaftungen sowie außergerichtlicher Hinrichtungen, auf Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlungen vor allem von Protestierenden oder politisch Andersdenkenden, auf die Durchführung von Verfahren gegen Zivilpersonen vor Militärgerichten, sowie auf andere Vorkommnisse hingewiesen, welche die spürbare Verschlechterung der Einhaltung von zivilen und politischen Rechten im Lande beweisen. Weiterhin hat Amnesty International die Verletzungen von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten dokumentiert, die zu einer gravierenden Verletzung der Rechte auf Gesundheit und Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung geführt haben.¹ In diesem Sinne hat Venezuela alarmierende Rückschritte auf dem Gebiet der Menschenrechte zu verzeichnen und eine der hervorstechendsten Konsequenzen davon ist der drastische Anstieg der Zahl venezolanischer Flüchtlinge in andere Länder, vor allem in die lateinamerikanischen Nachbarstaaten.²

Hervorzuheben ist, dass die Lage in Venezuela in den Jahren 1997 bis 2011 ein ganz anderes Bild zeigte. Das Land verzeichnete wichtige Fortschritte in Bezug auf die Gewährleistung von Wohnraum, Bildung und Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung.³ Zwischen 1998 und 2011 sank die Anzahl der Menschen auf der Schwelle zur Armut von 49% auf 27,4% und die extreme Armut von 21% auf 7,3%.⁴ Dies führte zu mehreren Anerkennungen durch die Vertretungen der Organe der Vereinten Nationen im Land.⁵

Jedoch hatte sich nach einer Erhebung über die Lebensbedingungen in Venezuela, welche die Hauptuniversitäten des Landes für das Jahr 2017 durchführten, die Armut auf 87% und die extreme Armut auf 61,2% gesteigert, was dazu führte, dass Venezuela einen signifikanten Rückschritt bei den Sozialindikatoren erlebte.⁶ Bedingt durch - neben anderen Faktoren - den weltweiten Verfall des Ölpreises (Venezuela ist in hohem Maße von den fossilen Energieträgern abhängig; sie stellen mehr als 96% der Exporte), und als Resultat von politischen Entscheidungen auf der mikro- wie der makroökonomischen Ebene, durchlief Venezuela eine schwere und komplexe Wirtschaftskrise mit einer geschätzten Inflationsrate von über 2.600% bis Ende 2017⁷, die nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) bis Ende 2018⁸ bei über 1 Million% liegen könnte. Und obwohl Venezuela von 1998 bis 2010 den Anteil des Bruttoinlandsprodukts, der in das öffentliche Gesundheitswesen investiert wurde, von 1,4% auf 2,3% erhöhte, stagnierte diese Steigerungstendenz über mehrere Jahre hinweg, um im Jahr 2014 wieder auf 1,5% abzusinken. In diesem Jahr lag Venezuela an der vorletzten Stelle der lateinamerikanischen und karibischen Staaten bei den Ausgaben für das öffentliche Gesundheitswesen; nur Haiti lag noch darunter.¹⁰

2016 bezeichnete der damalige Generalsekretär der UNO, Ban Ki-Moon, die Lage in Venezuela, wegen mangelnder Grundversorgung bei Nahrungsmitteln, Wasser, Medizin und Kleidung¹¹ als

„humanitäre Krise“ und bot dem Land Unterstützung durch die Vereinten Nationen an¹². In jüngster Zeit hat das Büro des UN Hochkommissars für Menschenrechte (UNHCHR) in seinem Bericht vom Juni 2018 zur Situation in Venezuela erklärt, dass die unzureichenden oder nicht eingeleiteten Maßnahmen der staatlichen Behörden zur Bekämpfung der akuten Verschlimmerung des Zustands von Gesundheitseinrichtungen und -geräten, die Nichtverfügbarkeit von Arzneimitteln, insbesondere für Patienten mit chronischen Krankheiten, und der Ausbruch von Krankheiten, die schon ausgerottet worden waren, zu Verletzungen des Rechts auf einen angemessenen Gesundheitsstandard einer großen Zahl von Menschen im ganzen Land geführt haben.¹³

Die Gesundheitsindikatoren (die wenigen, die zur Verfügung stehen) zeigen auf, dass die Müttersterblichkeit von 2015 bis 2016 um 65% und die Kindersterblichkeit um 30% gestiegen ist. Der gravierende Mangel an Arzneimitteln – es fehlen nach Schätzungen der Federación Farmaceutica Venezolana etwa 85% der benötigten Mittel¹⁴ – und an medizinischen Geräten und Anlagen haben zu einer Verschlechterung der Infrastruktur des Krankenhauswesens geführt und weiter zu einem totalen Kollaps des Gesundheitswesens in ganz Venezuela.

Weiter schreibt das UNHCR in seinem Bericht, dass die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln einen kritischen Stand erreicht habe, da sich die Lebensmittelimporte zwischen 2013 und 2017 um 76% reduziert hätten und die Versorgung mit heimischen Produkten, die 2013 noch zu 75% die Nachfrage decken konnte, Ende 2017 nur noch bei knapp 25% der Deckung gelegen habe.¹⁵ In dem Bericht wird auch darauf hingewiesen, dass die Nahrungsmittelsituation der venezolanischen Bevölkerung nur noch erlaube, ihren Kalorienbedarf zu 75% zu decken, und dass dies vor allem die ärmsten Schichten treffe.¹⁶ Diese Situation hat sich im Laufe des Jahres 2018 noch verschärft.

In dem Bericht „Institucionalidad Democrática, Estado de derecho y Derechos Humanos“ der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (IAKMR) wird berichtet, seit einigen Jahren (...) sei in Venezuela eine allmähliche Verschlechterung bei den demokratischen Institutionen und der Menschenrechtsslage zu beobachten, die sich seit 2015 wesentlich vertieft und intensiviert habe.¹⁷ Für die IAKMR gibt es in Venezuela eine alarmierende Zunahme an Repression, Gewalt und Unsicherheit. Weiter wird in dem Bericht betont, dass die Antwort des Staates auf diese Phänomene in einer Militarisierung der öffentlichen Sicherheit bestanden habe. Diese habe zu einer Zunahme an extralegalen Hinrichtungen geführt, 2015 seien 37% mehr zur verzeichnen gewesen als 2014 und 2016 70% mehr als im Vorjahr.¹⁸

Außerdem führte die IAKMR an, dass es in Venezuela eine schwere wirtschaftliche und soziale Krise gebe, die charakterisiert sei durch eine allgemeine Unterversorgung unter anderem an Nahrungsmitteln¹⁹, Arzneimitteln²⁰, ärztlichen Behandlungen sowie an medizinischem Material und Geräten. Ebenso hätten die alarmierenden Anzeichen für Armut und extreme Armut ebenso wie die großen Schwierigkeiten bei der Wahrnehmung wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und

umweltpolitischer Rechte der Bevölkerung – wie zum Beispiel der Rechte auf ausreichende Ernährung, Gesundheit, Bildung und Wohnraum – einen erheblichen Einfluss darauf gehabt, dass sich die Situation schon historisch schwächerer Bevölkerungsgruppen wie Kindern, Jugendlichen, Frauen, älteren Menschen und Indigenen weiter verschlechtert habe.²¹

Aus diesen unleugbaren Tatsachen zieht Amnesty International den Schluss, dass die derzeitige Lage, in der sich Venezuela befindet, von massiven Verletzungen der Menschenrechte gekennzeichnet ist. Diese Situation wird noch verschärft durch die im Land herrschende Straflosigkeit und auch bei schweren Menschenrechtsverletzungen das Fehlen ernsthafter Ermittlungen, die dazu führen müssten, dass Täter aus allen Schichten der Gesellschaft vor Gericht gestellt würden.

Flüchtlinge aus Venezuela in Zahlen

Die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) gab kürzlich bekannt, dass mindestens 2,3 Millionen venezolanischer Bürger außerhalb Venezuelas leben und davon mindestens 1,6 Millionen das Land seit 2015 verlassen haben. Schätzungsweise 90% von ihnen sind in lateinamerikanische Länder geflohen²². Diese hohe Anzahl und die Geschwindigkeit mit der dies geschehen ist, haben nicht nur zu einer der größten Massenbewegungen geführt, die in der Region jemals stattfanden, sondern hat die UNO auch zu der Äußerung veranlasst, dass die Lage „sich auf eine Krisensituation zubewegt, wie wir sie an anderen Orten auf der Welt beobachten, insbesondere im Mittelmeer,“. ²³

Nach Schätzungen des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) haben zwischen 2014 und 2018 mindestens 299.016 Einwohner Venezuelas in aller Welt Asyl beantragt²⁴. Im Juni 2018 sind 117.000 Anträge für die Anerkennung als Flüchtling eingegangen, mehr als im gesamten Jahr 2017. Das UNHCR schätzt, dass etwa 60% der Flüchtlinge aus Venezuela keinen regulären Status im Aufnahmeland haben und keine ausreichenden Dokumente vorlegen können, einschließlich derjenigen, die keinen Asylantrag stellen können oder keine Aussicht auf einen anderen legalen Aufenthaltsstatus haben, zum großen Teil bedingt durch bürokratische Hürden, lange Wartezeiten oder wegen der hohen Verfahrenskosten.²⁵

Zweifelloos haben die lateinamerikanischen Länder den größten Anteil der venezolanischen Flüchtlinge aufgenommen, vor allem 2018. Jüngste Daten zeigen, dass mindestens 250.000 Venezolaner in Ecuador²⁶ untergekommen sind, zwischen 850.000 und 1 Mio. in Kolumbien²⁷, 414.000 in Peru²⁸ und 52.000 in Brasilien²⁹. Peru ist mittlerweile das Land, in dem die meisten Asylanträge von venezolanischen Flüchtlingen gestellt werden (126.997), gefolgt von den USA (72.722) und Brasilien (32.744).³⁰

Bleibt hervorzuheben, dass die Zahl der Asylanträge in den verschiedenen Ländern nicht bedeutet, dass die restlichen venezolanischen Flüchtlinge nicht auch internationalen Schutz benötigten, denn inzwischen haben einige Länder alternative Regulierungsmaßnahmen ergriffen, wie zum Beispiel Kolumbien, oder alternative Dokumentationsverfahren durch Änderung der Visaformulare.

Dringende Maßnahmen: Menschenrechte für alle Flüchtlinge aus Venezuela

Mehrere internationale und regionale Menschenrechtsorganisationen haben sich zur Lage in Venezuela und der daraus resultierenden Massenflucht aus dem Land geäußert. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (IAKMR) hat in ihrer Resolution 02/18 über die „Migracion forzada de personas venezolanas“³¹, darauf hingewiesen, dass die massiven Menschenrechtsverletzungen sowie die schwere Nahrungs- und Arzneimittelkrise in Venezuela zur Flucht von hunderttausenden von Menschen geführt hat, die sich gezwungen sahen zu emigrieren und internationalen Schutz zu suchen³². Ähnlich hat das UNHCR erklärt, dass „die Umstände, die zur Ausreise venezolanischer Bürger führen, im Geiste der Cartagena Deklaration für Flüchtlinge interpretiert werden können.“³³

In diesem Zusammenhang ist es offensichtlich, dass es eine direkte Verbindung zwischen den tausenden von Flüchtlingen aus Venezuela, die in einem ununterbrochenen Strom ihr Land verlassen, und der schweren Menschenrechtskrise im Land besteht. Bereits im „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“³⁴ (Genfer Flüchtlingskonvention) ist festgelegt, dass ein Flüchtling eine Person ist, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will.“

Auf regionaler Ebene legt die Cartagena Deklaration eine gegenüber der Genfer Flüchtlingskonvention³⁵ erweiterte Definition des Begriffs Flüchtling fest, indem sie Personen mit einschließt, „who have fled their country because their lives, safety or freedom have been threatened by generalised violence, foreign aggression, internal conflicts, massive violation of *human rights* or other circumstances which have seriously disturbed public order“ (sinngemäß: *die aus ihrem Land geflohen sind, weil ihr Leben, ihre Sicherheit oder ihre Freiheit durch allgemeine Gewalt, ausländische Aggression, interne Konflikte, massive Verletzung der Menschenrechte oder andere Umstände bedroht waren, die die öffentliche Ordnung schwerwiegend beeinträchtigt haben*).

Im Sinne dieser Definition kann jemand als Flüchtling anerkannt werden, der einer Bedrohung in den oben genannten fünf Bereichen ausgesetzt ist³⁶. Diese erweiterte Definition haben 14 lateinamerikanische Länder anerkannt.³⁷

Die Internationale Konferenz über Zentralamerikanische Flüchtlinge (CIREFCA) von 1989 stellte fest, dass massive Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen maßgeblichen internationalen Übereinkünften definiert sind, eine der Hauptursachen für große Flüchtlingsströme gewesen seien und weiterhin sind. Solange die Verweigerung bürgerlicher, politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte in Form eines konsequenten Musters schwerer Übergriffe erfolge, bestehe die Gefahr massiver Flüchtlingsströme.³⁸

In 2013 erklärte eine Expertengruppe, die über die „Interpretation der erweiterten Definition des Begriffs Flüchtling in der Cartagena Deklaration“ beraten hatte, dass der Begriff „schwere Menschenrechtsverletzungen“ laut Interpretation des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte sich auf die Schwere und den Umfang der berichteten Menschenrechtsverletzungen beziehe, zum Beispiel in Zusammenhängen, in denen die genaue Identifizierung eines Opfers schwierig sei, weil die Menschenrechtsverletzungen gegen Gruppen von Personen oder ganze Gemeinschaften gerichtet gewesen seien. So definierte die Expertengruppe auch, dass der Begriff „Menschenrechtsverletzungen“ auch da angewendet werden kann, wo es nicht nur um reale und direkte Opfer geht, sondern wo Bevölkerungsschichten oder die Gesellschaft eines Landes im Ganzen betroffen sind. In diesem Sinne müsste die Flüchtlingsdefinition von Cartagena neu verstanden werden.³⁹

Empfehlungen

Angesichts der aktuellen Lage der schweren Menschenrechtsverletzungen in Venezuela und dem schwer wiegenden Problem der erzwungenen Massenflucht von Menschen aus Venezuela, gibt Amnesty International den Regierungen und der Internationalen Gemeinschaft folgende Empfehlungen:

Die Regierungen der lateinamerikanischen Staaten sollen einstimmig anerkennen, dass Venezuela eine Phase von massiven Verletzungen der Menschenrechte durchläuft und dass diese Umstände eine sofortige Reaktion erfordern, um den zur Flucht Gezwungenen die Einhaltung ihrer Menschenrechte zu garantieren. Die Staaten der Region sollen den Flüchtlingen im Rahmen ihrer eingegangenen Verpflichtungen uneingeschränkten Zugang zu internationalen Schutzmechanismen wie dem Flüchtlingsstatus und ergänzenden Maßnahmen gewähren. Sie sollen keine Hürden

aufbauen oder ihnen Bedingungen auferlegen, die den Zugang zu solchen Schutzmechanismen erschweren, wie etwa die Forderung, einen gültigen Reisepass oder ein Einreisevisum vorzulegen.

In Anerkennung des Umfangs und der Geschwindigkeit der Fluchtbewegungen sollen die Staaten Maßnahmen zum Schutz venezolanischer Flüchtlinge ergreifen, die deren sofortige Anerkennung „bis auf Widerruf“ (prima facie) beinhalten und ihnen einen sicheren Zugang zu einer legalen Aufenthaltserlaubnis gewähren. Zusätzlich sollen die internen Schutzmechanismen gestärkt werden.

Mit dieser Anerkennung sollte die strikte Einhaltung und Respektierung des Nichtzurückweisungsprinzips einhergehen. In diesem Rahmen sollen die Staaten Minimalstandards garantieren, die den venezolanischen Flüchtlingen bei der Suche nach geeigneten Lösungen Rechtssicherheit und ungehinderten Zugang zu öffentlichen Diensten gewähren sowie die Ausübung ihrer Rechte gleichberechtigt und ohne Diskriminierung ermöglichen, vor allem zu Gesundheitsversorgung, Bildung, Reisefreiheit, Recht auf die Einheit der Familie und Recht auf Arbeit.

Die Staaten haben die Verpflichtung, die Menschenrechte zu schützen - sowohl der Menschen in den Aufnahmeländern als auch der Geflüchteten, die internationalen Schutz benötigen. Sie sollen deren Sicherheit garantieren, indem sie die lokalen Gemeinden sozio-ökonomisch stärken und unterstützen.

Die Staaten und andere Akteure der Internationale Gemeinschaft – eingeschlossen der speziellen Organe der Vereinten Nationen wie dem Hochkommissariat für Flüchtlinge und der Internationalen Organisation für Migration – sollen zusammenarbeiten, um gemeinsame Lösungen zu erarbeiten, für die alle Staaten verantwortlich zeichnen, und um die im Rahmen des Globalen Pakts für Flüchtlinge diskutierten Maßnahmen umzusetzen. Sie sollen vor allem berücksichtigen, dass dauerhafte Lösungen starke Allianzen und konkrete Verpflichtungen in Bezug auf technische und wirtschaftliche Hilfe benötigen. Die Region hat jetzt die Gelegenheit, bei der Verwirklichung des Prinzips der gemeinsamen Verantwortung voranzukommen, welche die Komplementarität von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit mit einschließt, unter anderem durch Strategien, die den Geflüchteten eine aktive Teilnahme am Leben in den Aufnahmeländern erlauben und sie befähigen, auch ihren Beitrag zu leisten.

Fußnoten

1 See: <http://www.amnistiaonline.org/SaludadeEmergencia/Default/Salida/>

2 See: Amnesty International “Open Letter to the Present Ministers and the Organization of American States in the Context of the XLVIII OAS General Assembly. AMR 01/8484/2018 from 1 June 2018. Available at <https://www.amnesty.org/en/documents/amr01/8484/2018/en/> .

3 According to data used by the UN High Commissioner for Human Rights available at: https://www.ohchr.org/Documents/Countries/VE/VenezuelaReport2018_EN.pdf .

4 See National Statistics Institute (INE). “Statistical Synthesis of Poverty and Inequality Indicators.” First Semester, 1997 - Second Semester 2011” of the Bolivarian Republic of Venezuela, available at http://www.ine.gov.ve/documentos/Boletines_Electronicos/Estadisticas_Sociales_y_Ambientales/Sintesis_Pobreza_e_Indicadores/pdf/2011Semestre2.pdf

5 See UN Food and Agriculture Organization (FAO). “Reconocimiento de la FAO a Venezuela”, available at <http://www.fao.org/americas/noticias/ver/en/c/230150/> . See also PAHO, “Country Report”. See at: https://www.paho.org/salud-en-las-americas-2017/?page_id=163&lang=en .

6 See, PROVEA: ENCOVI 87% of Venezuelan households are impoverished, available at: <https://www.derechos.org/ve/actualidad/encovi-2017-87-de-los-hogares-venezolanos-estan-en-condicion-de-pobreza>

7 See World Bank. “Venezuela Overview”, available at <http://www.worldbank.org/en/country/venezuela/overview>

8 See International Monetary Fund. “Outlook for the Americas: A Tougher Recovery”, available at: <https://blogs.imf.org/2018/07/23/outlook-for-the-americas-a-tougher-recovery/>

9 See World Bank. “Public Health Spending (% of GDP) Venezuela”, available at: <https://data.worldbank.org/indicator/SH.XPD.PUBL.ZS?locations=VE>

10 See WHO/PAHO. “Health in the Americas Summary: Regional Outlook and Country Profiles”, available at: <https://www.paho.org/salud-en-las-americas-2017/wp-content/uploads/2017/09/Print-Version-English.pdf>

11 See BBC. “Venezuela envoys disputes UN chief’s humanitarian crisis remarks”, available at: <https://www.bbc.com/news/world-latin-america-37082927>

12 See: “Venezuela envoy disputes UN chief’s ‘humanitarian crisis’ remarks”, available at <https://www.bbc.com/news/world-latin-america-37082927>

13 See: OHCHR: Human Rights Violations in the Bolivarian Republic of Venezuela: A downward spiral with no end in sight”, June 2018, available at <https://www.ohchr.org/EN/Countries/LACRegion/Pages/VEReportsOHCHR.aspx>

14 See: “La Federación Farmacéutica Venezolana cifra la escasez de medicamentos en 85%”: EFE, available at: <https://www.efe.com/efe/america/sociedad/la-federacion-farmaceutica-venezolana-cifra-escasez-de-medicinas-en-un-85/2000013-3161928>

15 See: OHCHR: Human Rights Violations in the Bolivarian Republic of Venezuela: A downward spiral with no end in sight”, June 2018, available at <https://www.ohchr.org/EN/Countries/LACRegion/Pages/VEReportsOHCHR.aspx> , p. 60

16 See: OHCHR: Human Rights Violations in the Bolivarian Republic of Venezuela: A downward spiral with no end in sight”, June 2018, available at <https://www.ohchr.org/EN/Countries/LACRegion/Pages/VEReportsOHCHR.aspx> , p. 60

17 See: IACHR “Democratic Institutions, the Rule of Law and Human Rights in Venezuela. Country Report”. http://www.oas.org/en/iachr/media_center/PReleases/2018/025.asp . December 2017. Paragraph 11.

18 See: IACHR “Democratic Institutions, the Rule of Law and Human Rights in Venezuela. Country Report”. http://www.oas.org/en/iachr/media_center/PReleases/2018/025.asp . d 2017. Paragraph 26

19 The IACHR stated that “As regards the right to food, shortages and, in some cases, a complete lack of supply has reached critical levels. For many, this situation has led to excessive weight loss and malnutrition issues and even death, not just the lack of adequate access to food”. See IACHR “Democratic Institutions, the Rule of Law and Human Rights in Venezuela. Country Report”. http://www.oas.org/en/iachr/media_center/PReleases/2018/025.asp . December 2017. Paragraph 32.

20 The IACHR stated that “As a consequence of the grave economic and social crisis, disease outbreaks and other impacts on health have taken place, in the context of which the scarcity of medications, materials, inputs, and medical treatment is concerning, particularly due to their impact on pregnant women, children and adolescents, the elderly, and people living with severe illnesses, chronic conditions, or the human immunodeficiency virus (HIV) and/or Acquired Immune Deficiency Syndrome (AIDS). Infant and maternal mortality rates have increased, as has the number of epidemics. By and large, in this scenario, the State has failed to provide the necessary access to health care.” See IACHR “Democratic Institutions, the Rule of Law and Human Rights in Venezuela. Country Report”. http://www.oas.org/en/iachr/media_center/PReleases/2018/025.asp. December 2017. Paragraph 31.

21 See: IACHR “Democratic Institutions, the Rule of Law and Human Rights in Venezuela. Country Report”. http://www.oas.org/en/iachr/media_center/PReleases/2018/025.asp . December 2017. Paragraph 29.

22 International Organization for Migration: UNHCR and OIM chiefs call for more support as the outflow of Venezuelans rise across the region. Available at: <https://www.iom.int/news/unhcr-and-iom-chiefs-call-more-support-outflow-venezuelans-rises-across-region>

23 “UN agency sees Venezuelan exodus nearing a crisis point”, 25 August 2018, Available at <https://www.reuters.com/article/us-venezuela-migration-un/venezuelan-exodus-approaching-crisis-moment-u-n-agency-idUSKCN1L91E3>

24 See: UNHCR. Operational Portal; refugee situation. Available at <https://data2.unhcr.org/en/situations/vensit>

25 UNHCR: Venezuela Situation as of June 2018. Fact Sheet. Available at: <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/UNHCR%20Venezuela%20Situation%20June.pdf>

26 See: “Moreno reiterates that Ecuador has welcomed 250,000 Venezuelans despite difficulties”, 16 August 2018, available at: <https://elcomercio.pe/mundo/latinoamerica/lenin-moreno-recuerda-ecuador-acoge-250-000-venezolanos-pese-dificultades-noticia-547698>

27 Colombian Ministry of Foreign Relations: “More than 870,000 Venezuelans resident in Colombia”, July 2018, available at: <http://www.migracioncolombia.gov.co/index.php/es/prensa/comunicados/comunicados-2018/julio-2018/7929-mas-de-870-mil-venezolanos-estan-radicados-en-colombia>

28 See: "Immigration reports 414,000 Venezuelans in Peru", 29 August 2018, available at: <https://diariocorreo.pe/peru/migraciones-informa-414-mil-venezolanos-peru-838759/>

29 UN: "More than 800 Venezuelans enter Brazil daily", 6 April 2018, available at: <https://news.un.org/es/story/2018/04/1430512>

30 See: <https://data2.unhcr.org/en/situations/vensit>

31 See: IACHR Resolution 02/18 "Forced Migration of Venezuelans", available at <http://www.oas.org/en/iachr/decisions/pdf/Resolution-2-18-en.pdf>

32 Ídem

33 Ídem

34 See "The 1951 Refugee Convention". Adopted in Geneva, Switzerland, 28 July 1951 by the Conference of Plenipotentiaries on the Status of Refugees and Stateless Persons (United Nations), called by the General Assembly in resolution 429 (V), 14 December 1950.

35 The Inter-American Court of Human Rights has stated that the Cartagena Declaration "expanded the definition of refugee to include as refugees, in addition to the elements of the 1951 Convention and the 1967 Protocol, persons who have fled their countries because their life, safety or freedom had been threatened by generalized violence, foreign aggression, internal conflicts, mass human rights violations, or other circumstances that may have seriously disturbed public order." See IACHR Case *Pacheco Tineo Family Vs. Bolivia*. "Preliminary objections, merits, reparations and costs." Judgment of 25 November 2013. Series C No. 272. Paragraph 141.

36 Colloquium on the International Protection of Refugees in Central America, Mexico and Panama, Cartagena Declaration on Refugees, 22 November 1984, Conclusions and Recommendations section III, paragraph 3.

37 Argentina, Belize, Bolivia, Brazil, Chile, Colombia, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexico, Nicaragua, Paraguay, Peru and Uruguay. Information from the IACHR. See: IACHR, *Case Pacheco Tineo Family Vs. Bolivia*. Preliminary objections, merits, reparations and costs." Judgment of 25 November 2013. Series C No. 272. Paragraph 141.

38 See: *International Co-operation to Avert New Flows of Refugees: Note by the Secretary-General*, 13 May 1986, A/41/324, available at: <http://www.refworld.org/docid/3ae68bee4.html>

39 See: Expert roundtable Interpretation of the extended refugee definition contained Conclusion III (Cartagena refugee definition) of 1984. Montevideo, Uruguay, 15 and 16 October 2013. Available at <http://www.unhcr.org/53bd4d0c9.pdf>